



INKLUSION: ACHT

ausreichende Differenzierungs- und Therapieräume, Erhalt der Beratungsdienste, eine umfangreiche Arbeitsplatzbeschreibung für SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, ErzieherInnen, TherapeutInnen in der Inklusion, feste multiprofessionelle Teams, ausreichende Teamzeiten für die multiprofessionellen Teams, neue Zeugnisformulare, Fortbildung in der Arbeitszeit, andere Abschlussmöglichkeiten für zieldifferent geförderte SchülerInnen, ein Grundsatzreferat Inklusion für alle Schularten.

Diese Fragen und Forderungen waren Grundlage für die Podiumsdiskussion, an der neben Prof. Dr. Birgit Herz, Schulsenator Ties Rabe, Dr. Christian Benner von der Elternkammer sowie Pit Katzer, stellv. Schulleiter der Erich-Kästner-Stadteilschule teilnahmen.

Schulsenator Rabe hatte an diesem Tag Geburtstag. Wir danken ihm, dass er trotzdem zu dieser Veranstaltung gekommen ist. Die TeilnehmerInnen sangen ihm ein Ständchen: „Viel Glück und viel Segen auf all deinen

Wegen“. Leider wurde dieser Wunsch im Hinblick auf das Thema Inklusion nicht erfüllt. Seine Eckpunkte zur Inklusion wurden als wenig segensreich für das Hamburger Schulwesen aufgefasst. Vor seiner Pressekonferenz wollte oder konnte (?) er sich nicht konkret äußern. Das führte zu zahlreichen Unmutbekundungen im Plenum und auf dem Podium. Senator Rabe hatte Anfang November gesagt, Hamburgs Stadteilschulen seien eine starke Alternative zu den Gymnasien. 14 Tage später lässt er

Anpassungspädagogik

Hohe Risiken einer zunehmenden Desintegration von Kindern und Jugendlichen werden durch Billigmodelle der Inklusion geschaffen

Hamburg reagiert auf die Ratifizierung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung 2009 mit der vom Senat politisch gewollten Implementierung eines inklusiven Schulsystems. Orientierungsgrundlage sind bildungsbezogene Entwicklungen in anderen Bundesländern, wissenschaftliche Gutachten und die vorhandenen Haushaltsmittel.

Mit Blick auf die derzeitigen Veränderungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland in Richtung eines inklusiven Bildungssystems muss allerdings auf der Grundlage vorliegender empirischer Forschungsergebnisse festgestellt werden, dass die bisherigen „Reformen“ zu einer drastischen Reduzierung sonder- und integrationspädagogischer Standards geführt haben. Das heißt, der Aufwand an inklusiver Symbolpolitik, Kommunikations- und Marketingstrategien verschleiern, dass diese Inklusionspädagogik „light“ weit hinter die Errungenschaften der Integrationspädagogik zurückfällt, interessante Formen von Schultourismus bewirkt sowie Kostenverlagerungen in Richtung Kinder- und Jugendhilfe verantwortet. Mit dem Rückgriff auf semiakademische Prosa, einer Flut an Gutachten und Erklärungen werden reale Einsparungen und Kürzungen im gesamten Bildungsbereich verschleiert. Diese „discourse dissemination“ trägt wesentlich

dazu bei, den betroffenen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern gegenüber – also den Akteuren im Feld der Bildung – drastische Ressourcenreduzierungen unter dem Deckmantel der Fortschrittlichkeit und Innovationsbereitschaft durchzusetzen.

Zur Schwächung möglicher Widerstandsformen empfiehlt die Bertelsmann-Stiftung in ihrer Schrift: „Kunst des Reformierens“ – eine Art Anleitung, Reformen gegen den Willen der BürgerInnen und Betroffenen durchzusetzen – einen geschickten Partizipationsstil und: Reformprogramme seien „unter Reduktion der Beteiligung von Interessengruppen“ zu entwickeln, sodann diese zwar anzuhören, nicht jedoch, um die Sache zu diskutieren, sondern um die „Legitimität der Reform“ zu steigern und „Widerstände“ zu vermindern.

Oberstes Ziel ist dabei die Anpassung an das von der OECD geforderte Kompetenz-Konzept. Dabei umfasst das Kompetenz-Verständnis der OECD die funktionale Fähigkeit des Menschen, sich an die ökonomischen Erfordernisse flexibel anzupassen.

Bildung in der Bundesrepublik Deutschland war und ist geprägt von einem Menschenbild, das sich am Grundgesetz orientiert, eine Anpassungspädagogik verbietet sich per se. Gleichwohl finden derzeit durch die Ökonomisierung von Bildung und Erziehung genau jene Anpassungsprozesse statt – die Pro-

TUNG BAUSTELLE!



sie bei der Inklusion alleine. Die Gymnasien werden nicht in die Pflicht genommen. Senator Rabe stellte kein Gesamtkonzept vor. Eltern- und Schulvertreter waren zu Recht frustriert. Senator Rabe hatte einen Bundesgenossen: die Deutsche Bahn. Frau Prof. Dr. Birgit Herz musste ihren Zug nach Hannover noch erreichen, obwohl ihr angesichts der Ausführungen des Senators der Kragen platzte.

So blieb es für alle bei einem frustrierenden Erlebnis: Der Senator hatte keine schöne



Tu was, Herr Senator!

Geburtstagsfeier und die TeilnehmerInnen der Tagung waren empört, dass ihre Meinung nicht ernst genommen wird. Die Begeisterung für den Plan des Senators war gleich null. Jetzt kommt es darauf an, ihm zu zeigen, was wir wirklich wollen.

STEFAN ROMEY
stv. Schulleiter Schule Probenweg

pagierung einer inklusiven Schulpolitik kommt da gerade Recht!

Die Reduzierung von Qualitätsstandards wird dabei ebenso billigend in Kauf genommen wie die Verschärfung der Exklusion einer bestimmten SchülerInnengruppe: Kinder und Jugendliche aus schwierigen Lebenslagen, die zu den Schwierigen geworden sind. Zählten sie schon bei der Integration zu IntegrationsverliererInnen, so werden sie bei nochmaliger Absenkung der Förderressourcen in der „Inklusiven Schule“ gänzlich aus dem Bildungs- und Erziehungssystem gedrängt – was folgt, ist die beschämende Kriminalisierung. So wurde in Großbritannien exakt für diese Zielgruppe der „Anti-Social-Behaviour-Act“ eingeführt, die Vorstufe zur Jugendstrafanstalt.

Eine inklusive Schulpädagogik und Kommunalpolitik scheint in den skandinavischen Ländern professionell umgesetzt zu werden; als Glanzlicht wird vor allem Finnland gepriesen. Dabei wird nur allzu oft unterschlagen, dass an 60% aller finnischen Schulen nur etwa 30 SchülerInnen unterrichtet werden und Schulgrößen deutscher Gesamtschulen nicht existieren. Auch wird unterschlagen, dass Finnland 6 unseren Schulen für Erziehungshilfe entsprechende Sonderschulen für etwa 60 Schüler vorhält – eine Art Kleinstheimsonderschule –, 6 Kleinstschulen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie für etwa 30 SchülerInnen bestehen sowie 3 geschlossene Unterbringungen für etwa 30-40 Heranwachsende. Ich plädiere nicht für solche segregierende Institutionen, will aber deutlich machen, dass auch *das* Vorzeigeland für „inclusive education“ für eine bestimmte Zielgruppe,

nämlich schwer „ver“- und „ge“-störte Kinder und Jugendliche, professionelle Unterstützungssysteme unterhält, und zwar mit fachlich hoch qualifizierten interdisziplinär arbeitenden SonderpädagogInnen, PsychologInnen und Kinder- und JugendpsychiatrInnen.

In der Inklusionsrhetorik kommen diese SchülerInnen mit massiven Verhaltensproblemen allenfalls als ordnungspolitisches Problem in der öffentlichen Debatte vor. Das ist dann aber weder Inklusion noch Integration, sondern Exklusion auf dem Rücken von Kindern, Jugendlichen, LehrerInnen und Eltern. Die zunehmende Deckelung der Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung wird diese Entwicklung noch zusätzlich verschärfen!

Die systematische Deprofessionalisierung der ersten und zweiten Phase der Sonder- und RegelschullehrerInnenbildung in Hamburg, das Vorenthalten einer anspruchsvollen Fort- und Weiterbildung für die ohnehin schon komplexen Anforderungen in den Schulen entspricht exakt dem Zeitgeist der OECD. Was zählt, ist der Markt, nicht der Mensch (Christoph Butterwegge).

Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Bildungsinstitutionen verschärfen sich vor allem die Exklusionsrisiken für Kinder und Jugendliche – und erhöhen sich eben nicht die Inklusionspotentiale, unabhängig davon, wie viel Aufwand für eine politische Inklusionsrhetorik betrieben wird!

Insofern muss zu Recht von einer „Baustelle Inklusion“ gesprochen werden.

PROF BIRGIT HERTZ
Uni-Hannover